

Franz Mohr
Ein Brexit aus ökonomischer Sicht
PRO SCIENTIA
Linz, 29. Februar 2015

Zusammenfassung

Der britische Premier David Cameron hat im Jänner 2013 als Wahlversprechen angekündigt, die Bedingungen der Mitgliedschaft Großbritanniens in der Europäischen Union neu zu verhandeln sowie 2017 ein Referendum über den Verbleib in der EU abzuhalten. Im Zuge der medialen Berichterstattung hat sich in Anlehnung an die Griechenland-Debatte das Kunstwort *Brexit* etabliert, das sich aus den Worten *Britain* und *Exit* zusammensetzt. Das Referendum über einen EU-Austritt ist nun auf 23. Juni 2016 angesetzt, wobei die beiden konkurrierenden Wahlkampagnen *Vote Leave* als Austritts-Bewegung und *Britain Stronger in Europe* als Befürworter des Verbleibs in der Union einander gegenüberstehen. [1]

Auf politischer Ebene dreht sich die Brexit-Diskussion überwiegend um die Souveränität Großbritanniens. Angesichts erhöhter Migrationszahlen und einer schwächelnden europäischen Wirtschaft stellt sich für zahlreiche Britinnen und Briten die Frage, ob sich ihr Land außerhalb der EU nicht vorteilhafter entwickeln könnte. In diesem Kontext stellt sich die Frage nach den wirtschaftlichen Folgen, die ein Brexit mit sich bringen könnte. Eine erste Antwort könnte hier Abbildung 1 geben. Sie zeigt, dass die relative Differenz zwischen dem Pro-Kopf-Einkommen Großbritanniens und den Staaten der damaligen Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl – der Urzelle der heutigen EU – während der Nachkriegszeit stark gefallen ist. Das bedeutet, dass trotz positivem Wirtschaftswachstum die kontinentaleuropäischen Länder schneller gewachsen sind als Großbritannien. Dieser Trend scheint Anfang der 1970er Jahre jedoch abubrechen, was auf die Aufnahme Großbritanniens in die Europäische Gemeinschaft 1973 zurückzuführen sein könnte. Die wirtschaftlichen Vorteile einer solchen Mitgliedschaft führten demnach dazu, dass das britische Pro-Kopf-BIP ähnlich schnell gewachsen ist wie das der anderen Mitgliedsstaaten. Wenn diese Argumentation zutrifft, hätte Großbritannien eindeutig von der EU profitiert. [4]

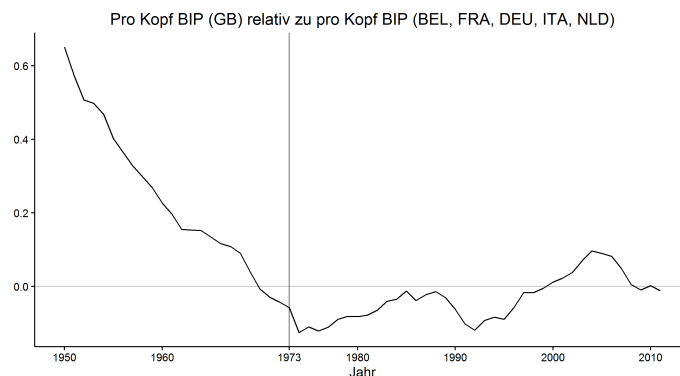


Abbildung 1: Entwicklung der relativen Pro-Kopf-BIPs von Großbritannien und den EU-Gründerstaaten (ohne Luxemburg). Quelle: World Penn Tables 8.1.

Die Struktur der britischen Wirtschaft sowie die politischen Rahmenbedingungen haben sich seit den 1970ern allerdings geändert. Deshalb ist anzunehmen, dass ein Brexit nicht zwangsläufig zu einem rapiden Fall des relativen britischen Pro-Kopf-BIPs führen wird wie es Abbildung 1 suggerieren könnte. Der Kurvenverlauf deutet lediglich darauf hin, dass sich die Einkommen einander angenähert haben und es seit 1973 eine gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung gegeben hat.

Die ökonomische Theorie bietet zunächst eine qualitative Antwort auf die Frage, wie stark Großbritannien von einem Brexit betroffen wäre. Versteht man die EU als eine Gemeinschaft von handeltreibenden Ländern in einem Umfeld besonders niedriger Handelsbeschränkungen bedeutet das, dass ein Austritt aus dieser Gemeinschaft mit der Einführung mehr oder minder schwerer Handelsbeschränkungen einherginge. Zu diesen gehören zunächst Zölle, aber auch höherer bürokratischer Aufwand für Exporte aus dem Ausland oder verpflichtende Qualitätskriterien, denen ausländische Güter entsprechen müssen, um eingeführt werden zu dürfen. Handelsbeschränkungen können in der Theorie wie Zölle und somit wie Steuern auf Güter behandelt werden. Abbildung 2 (a) illustriert die Wirkung einer solchen Handelsbeschränkung auf einem einzelnen (Partial-)Markt mit britischen Produkten auf der Angebotsseite und europäischer Nachfrage. Nimmt man vereinfacht an, dass die Teilnahme am Binnenmarkt als völlig freier Handelszone zum effizienten Marktgleichgewicht¹ im Punkt (M_0, P_0) führt, würde ein Austritt aus der EU und ein damit einhergehender Wegfall des Binnenmarktzugangs in irgendeiner Form eine Handelsbeschränkung darstellen. Diese wirkt sich auf dem Markt wie ein Aufschlag auf die Produktionskosten aus und führt zu einer geringeren Nachfrage, weniger Produktion – Punkt (M_1, P_1) – und impliziert auch weniger Beschäftigung in Großbritannien. Weniger Handel mit der EU hätte somit einen negativen Einfluss auf die britischen Wirtschaft.

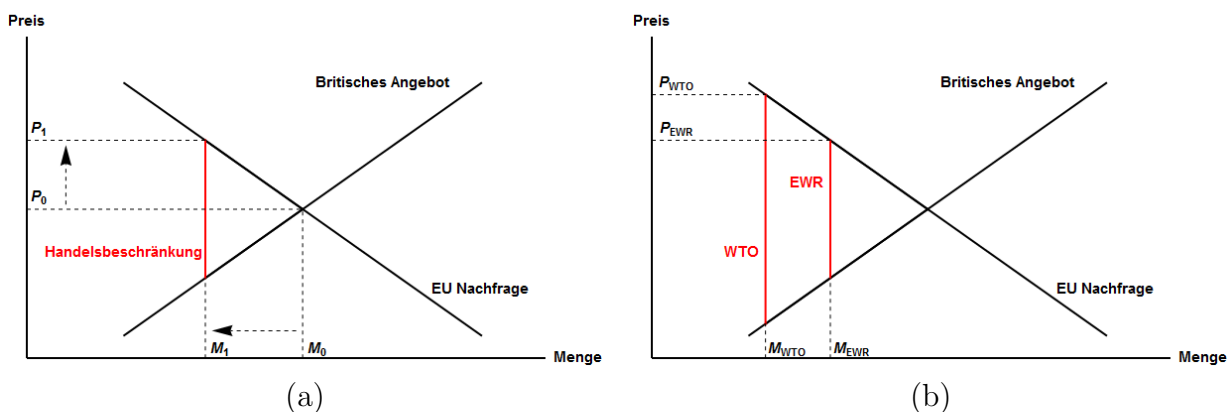


Abbildung 2: Wirkung einer Handelsbeschränkung auf dem Partialmarkt (a) und der durch eine Handelsbeschränkung entstehende Wohlfahrtsverlust (b).

Abbildung 2 (b) illustriert wie sich unterschiedlich ausgestaltete Handelsabkommen, welche nach einem Brexit für Großbritannien neu verhandelt werden müssen, in der Standardtheorie auswirken. Nachdem anzunehmen ist, dass Handelsabkommen, welche über die Welthandels-

¹Im *effizienten Marktgleichgewicht* ist es nicht möglich, eine Person besser zu stellen ohne eine andere schlechter zu stellen. Gemeinhin wird damit das Marktgleichgewicht bei perfektem Wettbewerb, vollkommener Information, ohne externer Effekte und ohne Steuern bezeichnet.

organisation (WTO) abgeschlossen wurden, Partnerländern mehr Spielraum für Handelsbeschränkungen einräumen als etwa die Teilnahme am Europäischen Wirtschaftsraum, stellen WTO-Verträge relativ zum EWR eine größere Handelsbeschränkung dar. Diese äußert sich in einem höheren Gleichgewichtspreis und einer geringeren Absatzmenge (M_{WTO}, P_{WTO}) und führt somit zu weniger Beschäftigung im britischen Exportsektor als im EWR-Gleichgewicht (M_{EWR}, P_{EWR}). Zusammenfassend bedeutet das, dass die wirtschaftlichen Folgen eines Brexits überwiegend davon abhängen, mit wem und zu welchen Konditionen Großbritannien nach einem Austritt Handel treibt.

Die quantitative Abschätzung der wirtschaftlichen Folgen eines EU-Austritts ist eine herausfordernde und umstrittene Aufgabe, die hauptsächlich mit drei Problemen konfrontiert ist: Zunächst gibt es keine kontrafaktische Situation. D.h. es gibt kein gesichertes Wissen darüber, wie die britische Wirtschaft sich entwickelt hätte, wenn Großbritannien nicht der EU beigetreten wäre. Zweitens sind die Wirkungen einer EU-Mitgliedschaft auf den Wohlstand eines Landes sehr vielschichtig und oft schwer quantifizierbar. Drittens basieren ökonomische Modelle selbst auf z.T. unsicheren Annahmen. Tabelle 1 enthält eine Auflistung der Ergebnisse verschiedener Studien, die sich mit der Frage beschäftigen, welche Wirkung die EU-Mitgliedschaft auf das britische BIP hatte welche Folgen daher bei einem Austritt aus der EU zu erwarten sind. Die Heterogenität der Ergebnisse resultiert aus den unterschiedlichen methodischen Ansätzen und den Annahmen über die zukünftige (handels)politische Situation Großbritanniens gegenüber der EU und Nicht-EU-Staaten.

AutorIn	Einfluss auf das BIP
Campos, Coricelli & Moretti (2014)	+20%
CEP(2014)	+2.2% bis +9.5%
CBI (2013)	+4% bis +5%
Mansfield – Brexit Prize (2014)	-1.1% bis +2.6%
Pain & Young (2004)	+2.25%
Open Europe (2015)	-1.6% to +2.2%
US International Trade Commission (2000)	+0.02%
IoD(2000)	-1.75%
IEA (Minford et al)(2005)	-3.2% bis -3.7%
Civitas (2004)	-4.0%
UKIP (2010)	- 5.0%

Tabelle 1: Studien zum Einfluss der britischen EU-Mitgliedschaft [3].

Campos, Coricelli & Moretti (2014) wenden den eher neueren ökonometrischen Ansatz der *synthetischen kontrafaktischen Simulation* an. Dabei wird mithilfe eines mathematischen Verfahrens versucht, eine künstliche kontrafaktische Situation zu berechnen. Im Fall von Großbritannien werden Daten von Neuseeland und Argentinien mit einer zu ermittelnden Gewichtung zusammengeführt, sodass die entstehende Mischung für den Zeitraum vor 1973 das britische Wirtschaftswachstum im Sinne eines statistischen Zusammenhangs gut erklären kann. Die erhaltene Gewichtung wird schließlich verwendet, um ein künstliches (synthetisches) BIP zu berechnen, das wiedergibt, wie sich die britische Wirtschaft außerhalb der EU entwickelt hätte.

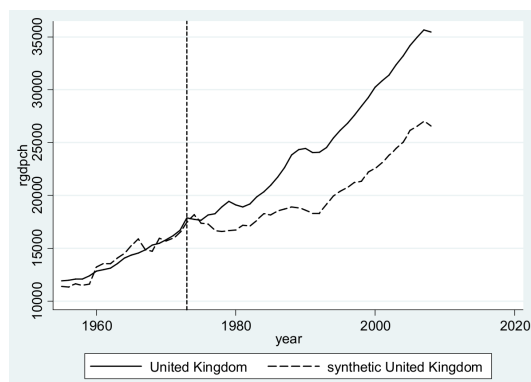


Abbildung 3: Tatsächliches und synthetisches BIP Großbritanniens. [5]

Die Differenz des heute beobachteten und des synthetischen britischen BIPs ergibt schließlich einen Vorteil der britischen EU-Mitgliedschaft von etwa 20%. Abbildung 3 illustriert diese Methode grafisch. [2, 5]

Open Europe (2015) simuliert mithilfe eines *Computable General Equilibrium (CGE)* Modells mehrere politische Austrittsszenarien für Großbritannien. Solche Modelle sind mikrofundiert und basieren daher auf der Annahme von nutzenmaximierender Agenten; einem nicht völlig unumstrittenen Forschungsansatz. Für den Fall, dass die Neuverhandlungen der Handelsabkommen nach einem Brexit schlecht verlaufen, sagt das Modell vorher, dass 2030 das britische BIP um 2,2% niedriger wäre als bei einem Verbleib in der EU. Im Falle gut verlaufender Verhandlungen mit der EU und Nicht-EU-Staaten wäre das BIP 1,6% höher und Großbritannien würde von einem EU-Austritt profitieren. Da jedoch davon auszugehen ist, dass keiner dieser Extremfälle eintreten wird, rechnet Open Europe mit einem “politisch realistischen” Ergebnis, das zwischen -0,8% und +0,6% liegt. [6]

Literatur

- [1] A background guide to “Brexit” from the European Union. *The Economist*, 2016, Februar.
- [2] Alberto Abadie and Javier Gardeazabal. The Economic Costs of Conflict: A Case Study of the Basque Country. *The American Economic Review*, 93(1):113–132, 2003.
- [3] Bank of England. EU membership and the Bank of England, 2015, Oktober.
- [4] Nauro F. Campos and Fabrizio Coricelli. Why did Britain join the EU? A new insight from economic history. *VoxEU.org*, 2015, Februar.
- [5] Nauro F. Campos, Fabrizio Coricelli, and Luigi Moretti. Economic Growth and Political Integration: Estimating the Benefits from Membership in the European Union Using the Synthetic Counterfactuals Method, 2014.
- [6] Open Europe. What if...? The consequences, challenges and opportunities facing Britain outside the EU, 2015.